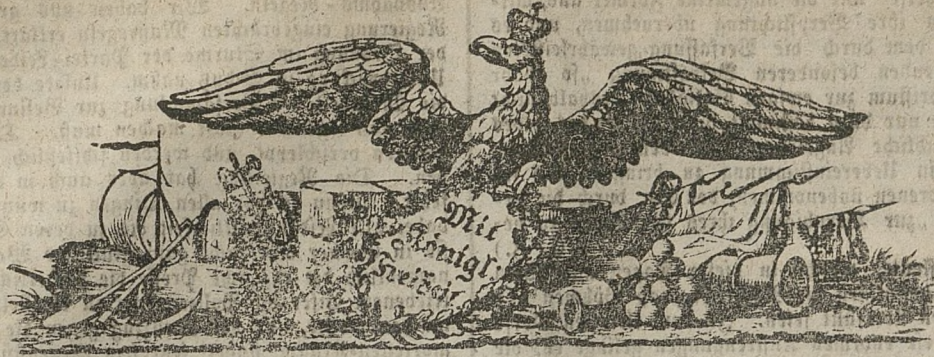


# Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung und Provinzial-Anzeiger erscheint täglich, Vormittags 11 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Alle (resp. Postämter nehmen Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis pro Quartal 25 Silbergroschen, in allen Provinzen der Preussischen Monarchie 1 Thlr. 1/4 Sgr.

Expedition: Krautmarkt N. 1053.

Im Verlage von Herrn. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. G. Effenbart.

No. 103. Sonnabend, den 4. Mai 1850.

Berlin, vom 4. Mai.

Se. Majestät der König haben Allernädigt geruht, dem Appellationsgerichts-Rath von Ratorv zu Paderborn bei seinem Dienstaustritt den Charakter als Geheimer Justizrath zu verleihen; und den bisherigen Tribunals-Rath Feege zu Königsberg als Rath an das Appellationsgericht zu Marienwerder zu versetzen.

Bekanntmachung.

Wir haben kürzlich zwei Einwohnern zu Deßau und Köln, welche der Polizeibehörde eine Anzeige von der geschehenen Ausgabe falscher preussischer Kassen-Anweisungen und Darlehns-Kassenscheine gemacht, und dadurch Gelegenheit zur Entdeckung und Bestrafung der Verfälscher und Verbreiter derselben gegeben haben, Jedem eine Belohnung von 300 Thlr. bewilligt.

Indem wir dies hiermit zur öffentlichen Kenntniss bringen, erklären wir zugleich, unter Aufhebung der früheren, von uns, dem Königl. Hauptbank-Direktorium und der Königl. Haupt-Verwaltung der Darlehnskassen wegen dieses Gegenstandes erlassenen Bekanntmachungen, daß wir auch in Zukunft demjenigen, welcher zuerst einen Verfälscher oder wissentlichen Verbreiter falscher preussischer Kassen-Anweisungen, Banknoten oder Darlehns-Kassenscheine der Polizeibehörde oder den Gerichten dergestalt nachweist, daß er zur Untersuchung gezogen und bestraft werden kann, eine den Umständen angemessene Belohnung bis zum Betrage von fünfhundert Thalern zahlen und dieselbe unter Umständen auch noch erhöhen werden; wobei jedoch die Festsetzung des Betrages unserem Ermessen vorbehalten bleibt.

Wer Anzeigen dieser Art zu machen hat, kann sich an jede Ortspolizei-Behörde wenden, und sich, wenn er es verlangt, und es ohne Nachtheil der Untersuchung möglich ist, der Verschweigung seines Namens versichern. Berlin, den 25. April 1850.

Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Nakan. Köhler. Knoblauch. Kolcke.

Deutschland.

Berlin, 3. Mai. Gestern Mittag 2 1/2 Uhr trafen von Dresden hier ein J. K. H. der Herzog und die Frau Herzogin von Genua, geb. Prinzessin von Sachsen. J. K. H. wurden am Bahnhofe von den zur Aufwartung kommandirten Flügel-Adjutanten Sr. Majestät, Obersten Grafen v. Findenstein, Commandeur der zweiten Garde-Kavallerie-Brigade, und dem Major im Garde-Dräger-Regiment, Grafen von Driolla, empfangen und von denselben sofort an das Königl. Hoflager zu Charlottenburg geleitet. — Gestern nahm Se. Majestät der König, wie alljährlich am 2. Mai, zur Erinnerung an den Ehrentag von Großgörschen, dem ersten Garde-Regiment zu Fuß in Potsdam die Parade ab; hierauf lehrten Se. Majestät mit dem Eisenbahnzuge um 12 Uhr nach Berlin und Charlottenburg zurück. — Heute werden hieselbst das zweite Garde-Regiment zu Fuß, das Garde-Kürassier-, das Garde-Dräger- und Garde-Mantel-Regiment Sr. Königl. Hoheit dem Herzoge von Genua vorgestellt werden. Weitere militärische Vorstellungen werden am Sonnabend in Potsdam stattfinden.

Vorgestern Abend fand ein Ministerrath des Gesamtministeriums statt. In demselben ist beschlossen worden, den Kongress der Fürsten der vereinigten Staaten nicht in Gotha, sondern (wie wir bereits gestern gemeldet) in Berlin zu halten. Die Einladungsschreiben sind bereits abgegangen; Einrichtungen zum Empfang sind im hiesigen Königl. Schloß sogleich angeordnet worden. Auf diesem Kongress wird zunächst die Angelegenheit der Vereinbarungen mit dem Erfurter Parlament betrieben werden, demnächst aber wird man sich über die gemeinsamen Schritte verständigen, welche von Seiten der Union in Beziehung auf die Einladung Oesterreichs zu einem Kongress zu Frankfurt a. M. am 10. Mai zu thun sind. — Das Königl. Schloß zu Berlin hat hauptsächlich darum für den gegenwärtigen Kongress der 22 Fürsten gewählt werden müssen, weil die möglichste Beschleunigung geboten war. Die späteren Verhandlungen werden wahrscheinlich in Gotha stattfinden.

Die Verhandlungen in der schleswig-holsteinschen Angelegenheit sollen nach dem Schluß des Erfurter Parlaments lebhafter als bisher aufgenommen und betrieben werden. Das Staatsministerium ist, wie uns aus guter Quelle zugeht, fest entschlossen, die Sache in irgend einer Weise zu Ende zu führen und will sich dieser Aufgabe mit aller Thätigkeit unterziehen. Es scheint, daß man die Konsolidirung der inneren deutschen Verhältnisse, nicht ohne vorherige völlige Pacificirung der Herzogthümer dauernd durchführbar erachtet. Inzwischen ist es sehr bemerkenswerth, daß die An-

sichten im diplomatischen Corps über die Möglichkeit einer Aufschürzung des gordischen Knotens sich immer mehr zu durchkreuzen anfangen. Es ist diese Verwirrung der Auffassung derjenigen Partei günstig, welche eine Lösung der dänischen Frage einzig und allein in der vollständigen Zurückführung der Herzogthümer in das alte Verhältniß erblickt. Und eine solche Partei ist hier nicht bloß von Anfang an vorhanden gewesen, sondern sie hat sich auch in den letzten Wochen sichtbar verstärkt.

Neben den vielfachen Klagen und Gesuchen, welche aus den östlichen Provinzen über den durch die dänische Blockade verursachten Schaden und theilweises Darniederliegen der commerciellen Verhältnisse bei der hiesigen Regierung eingelaufen sind, wurde auch gewöhnlich auf die russische Grenzsperrung, als einen zweiten Hemmschuh der Industrie und des Handels in jenen Provinzen, hingewiesen. Diese Klagen sind übrigens nicht neu, und noch vor dem Eintreffen jener Vorstellungen waren bereits von unserem umsichtigen Handelsministerium Unterhandlungen mit Rußland über eine wesentliche Modification oder den eventuellen gänzlichen Wegfall der Grenzsperrung eröffnet worden. Diese Unterhandlungen sind jetzt, wie wir hören, mit erneuerter Lebhaftigkeit betrieben werden, und wenn dieselben auch vor der Hand noch nicht ein gänzliches Wegfallen der russischen Grenzsperrung zu Wege bringen, so glauben wir doch auf eine bedeutende Modification derselben hoffen zu dürfen. (W. 3.)

Es scheint fast keinem Zweifel mehr zu unterliegen, daß Oesterreich auf den Vorschlag Preußens, die provisorische Bundes-Commission in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung als reine Verwaltungs-Commission im Interesse aller deutschen Staaten fortbestehen zu lassen, eingegangen, und in Folge davon das Interim vom 1. Mai ab auf zwei Monate verlängert worden ist.

Während für den Norden Deutschlands ein Fürsten-Congress bevorzustehen scheint, verbreitet sich von Warschau aus das Gerücht, daß die beiden kaiserlichen Kronenträger in Krakau zusammenzukommen beabsichtigen, was jedoch erst nach der Rückkehr des Kaisers von Oesterreich aus Triest (und vielleicht Italien) stattfinden kann; eine Reise, die immer noch wegen Cabinets-Arbeiten verschoben wurde, aber nun für die zweite Woche dieses Monats angekündigt wird. (B.-N.)

Die öffentlichen Blätter meldeten jüngst von den unübersteiglichen Hindernissen, auf die Graf Bülow bei seiner Mission in Mecklenburg stöße, und schienen ein Scheitern derselben in Aussicht zu stellen. Graf Bülow ist jedoch von der Nothwendigkeit einer Aenderung der Mecklenburger Verfassung in ihren wesentlichsten Punkten durchdrungen und entschlossen, dieselbe zur Ausführung zu bringen. Es lag die Hauptschwierigkeit hierfür bisher in dem Großherzog selbst, der in diesem Punkte bisher jedes Gehör versagte; diese Stimmung des Regenten scheint aber gegenwärtig bereits umgewandelt und er nachzugeben bereit. Den äußeren Anknüpfungspunkt für diese vorzunehmende Aenderung wird, wie wir hören, die Erfurter Unions-Verfassung bilden, mit der, einem Paragraphen zufolge, die Verfassungen der einzelnen verbündeten Staaten bekanntlich in Uebereinstimmung gesetzt werden sollen. Eine Abänderung des Mecklenburger Wahlgesetzes, als eines wesentlichen Theils der Verfassung, steht hiermit im unmittelbaren Zusammenhange, und auch diese wird daher erfolgen. Hieraus folgt nun aber ein Weiteres, nämlich daß der jetzt nur vertagte Landtag aufgelöst und dann bereits auf Grund des veränderten Wahlgesetzes ein neuer wird einberufen werden, der hiernächst nur über die Frage zu entscheiden haben wird, ob die veränderte Verfassung mit der Unions-Verfassung in Uebereinstimmung stehe oder nicht. Es folgt hieraus fast als unumgängliche Bedingung, daß die beiden Großherzogthümer Mecklenburg unverrückt bei dem Bündnisse verbleiben, und auch der Großherzog von Strelitz soll daher seine früheren Absonderungsgelüste völlig aufgeben haben. Ueberdem werden hierbei die in Folge der Beschlüsse der Bundes-Central-Commission angeordneten Schritte nebenher ihren Fortgang haben, da es hierbei zunächst um eine rechtsgültige Aufhebung der alten landständischen Mecklenburger Verfassung sich handelt, wozu es nach dem Wortlaut derselben der Zustimmung der Ritterschaft bedarf. (W.-3.)

Eine wichtige Neuigkeit ist ein Vorgang in einer gestern stattgehabten Conferenz beim englischen Gesandten Westmoreland in Betreff der dänischen Frage. Dänemark lehnt das preussische Ultimatum entschieden ab. (N. f. P.)

In Stelle des Ritter Bunsen, der wieder als Gesandter nach Rom gehen soll, wird Herr v. Ulebohm wahrscheinlich der Gesandtschaftsposten in London übertragen werden.

Nachdem der Justizminister bereits früher die Gerichtsbehörden angewiesen hatte, den Geschworenen nachzugeben, daß sie bei ihrer Vereidigung den, ihrem religiösen Bekenntnis entsprechenden Zusatz, nach In-

halt der Gerichtsordnung machen dürfen, haben nun auch die Consistorien und zwar in Folge höherer Anordnung „zur Beseitigung der entstandenen Besorgnisse“ die evangelischen Geistlichen und Gemeinden Betreffs der Eidesleistung der der evangelischen Kirche angehörigen Geschworenen in- formirt. Nach einer Consistorial-Erläuterung brüden die im §. 97 der Verord- nung vom 3. Januar 1849 vorgeschriebenen Eidesworte: „ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe“ nur die allgemeine Formel aus, mit- telst welcher die Geschworenen ihre Verpflichtung übernehmen, und es würde die Hinzufügung der auf dem durch die Verfassung gewährleisteten evangelischen Bekenntnisse beruhenden besonderen Bekräftigung „so wahr mir Gott helfe durch Jesum Christum zur ewigen Seligkeit“ deshalb nicht ausgeschlossen, vielmehr sei diese nur dazu bestimmt, die Wirkung des Eides noch mehr zu erhöhen und die eidliche Angelobung mit dem evangelischen Bekenntnisse des Schwörenden in Uebereinstimmung zu bringen. Es sei daher den evangelischen Geschworenen unbenommen, den Eid durch die ge- bräuchliche Bekräftigungsformel „zur Beruhigung ihres Gewissens zu be- stärken.“ (C. 3.)

— Hiesige angesehene Kaufleute, welche in diesen Tagen aus Wien und Prag zurückgekommen sind, bestätigen die Nachricht, daß Böhmen und Ungarn noch immer mit Soldaten überfüllt seien. In dem kleinsten Dorfe liege ein Piket und nur durch diese enormen Anstrengungen gelinge es, die Ruhe aufrecht zu erhalten. Die österreichische Streitkraft wird im Augen- blick auf 600,000 Mann geschätzt. Sie absorbiere aber zugleich so riesige Mittel, daß die Unzufriedenheit deshalb im lebhaften Zunehmen sei, und man schon jetzt den Zeitpunkt berechnen könne, wo, falls nicht ein europäi- scher Krieg dazwischen trete, eine Reduktion vorgenommen werden müsse. Das baare Geld ist knapper als je und die Zwangsanleihe, mit welcher man sich jetzt beschäftigt, dient wenig die Mißstimmung zu beseitigen.

— Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen wird am 6. d. M. hier erwartet. Es steht nunmehr fest, daß dieser Prinz nach Warschau gehen wird. Der Kaiser von Rußland verläßt Petersburg Anfangs Mai, inspizirt einen Theil der Armee und begiebt sich dann nach Warschau. (R. C.)

— Es ist die Rede davon, daß Frau von Barmen den Namen einer Gräfin von Fischbach annehmen werde. Ein Name, den eines der Gütter ihres Gemahls, des Prinzen Adalbert, trägt.

— Man spricht davon, daß die Gotha'sche Partei (vielleicht in Darmstadt) neben den Regierungs- und Fürstencongressen, Konferenzen veranstalten werde, in denen man auf den Gang der deutschen Angelegen- heit Acht haben will. Außer Darmstadt wird auch Weimar als ein zu solchen Konferenzen auserlesener Ort genannt.

— In Betreff der vielbesprochenen Kofarden-Angelegenheit finden wir uns zu folgenden Bemerkungen veranlaßt. Es handelt sich lediglich um eine ökonomische Maßregel. Die Nationalkofarde ist nothwendiger- weise nur an der eigentlichen militairischen Kopfbedeckung, dem Helme, Czapka u. s. w. zu tragen. Wenn nun auch an die hauptsächlich zum Gebrauch außer dem Dienste bestimmte Feldmütze die deutsche Kofarde gebracht worden und dadurch eine unnöthige Ausgabe-Vermehrung entstanden ist, so ist Seitens des Militair-Defonomie-Departements ein Erlaß an die Truppen-Kommando's ergangen, welcher lediglich die Vermeidung dieser Mehrkosten zum Zwecke hat. (C. C.)

— Der Literat Hopf, ein Mann, der, von Hause aus Porzel- lanmaler, sich seit Jahren literarischen Beschäftigungen hingiebt, und eine Menge oft sehr wichtiger Pamphlets hat erscheinen lassen, erhielt gestern den Befehl, Berlin zu verlassen. Hopf lebt von Kintheit auf in Berlin und hat hier einen Hausstand. Die Verweisung nach Charlottenburg, wo er einige Jahre lebte, ist mit dem Verbot nach Berlin zu kommen, ver- knüpft worden.

Berlin, 3. Mai. Gestern Abend hatte Herr Simson die Ehre, von Sr. Majestät dem Könige in einer längeren Audienz empfangen zu werden. Wie verlautet, hätten Se. Majestät demselben am Schlusse der Unterhaltung eigenhändig die Insignien des rothen Adler-Ordens dritter Klasse überreicht.

— Am 25. v. M. hat sich der Königsberger Stadtverein für innere Mission durch die Wahl seines Vorstandes, der aus einem engeren Aus- schüsse von 5 Mitgliedern besteht, konstituir. An seiner Spitze befindet sich sein eigentlicher Gründer, der Schulrath Giesebrecht.

— Die Köln. Ztg. sagt: Eine Treitmühle, auf der zahlreiche Arbeiter scheinbar in die Höhe steigen, ohne jedoch vom Flecke zu kommen, und das ganze ungeheure Werk ohne allen Nutzen, nichts machend, als leeren Wind — dieser unerfreuliche Anblick, den man in manchen Gefängnissen hat, kommt uns unwillkürlich in Erinnerung, wenn wir das politische Trei- ben in Frankreich betrachten. Wir harren heute auf das Ergebnis der neuen Wahl in Paris, an der die Bevölkerung der Hauptstadt sich so leb- haft theilnimmt, wie am 10. März. Es ist seit zwei Jahren das fünfte oder sechste Mal, daß die Einwohner des Seine-Departements so bis zum tiefsten Grunde aufgeregt werden. Und diese Wahlen können sich jeden Augenblick wiederholen, da bei dem Tode oder dem Rücktritte auch nur eines Abgeordneten nach dem jetzigen Wahlgesetze sein ganzes Departe- ment aufgebieten werden muß, um ihm einen Nachfolger zu geben. Und das bezieht sich nur auf die Wahl der Volksvertreter. Ungleich tiefer wird nach derselben Verfassung spätestens in jedem vierten Jahre ganz Frank- reich, von den Pyrenäen bis zu den Dünen der Nordsee, durch die Wahl des Präsidenten der Republik aufgerüttelt. Wir wollen hieran nur eine einzige Bemerkung knüpfen. In Europa streiten sich gegenwärtig haupt- sächlich zwei Staatsformen um die öffentliche Gunst: das verfassungsmäßige Königthum und die Republik. Der faßlichste und beliebteste Grund, mit welchem die Republikaner sich bemühen, das Königthum bei dem armen Volke in Mißgunst zu bringen, ist dessen angebliche Kostspieligkeit. Wenn man die Versammlung und die Mühe und die Kosten der Wahlen bedenkt, und gehörig in Aufschlag bringt, daß Zeit Geld ist, so läßt sich leicht be- rechnen, daß die Civillisten gegen die ungeheuren Unkosten der Wahlen gar nicht in Betracht kommen, und daß die Republik, wenigstens die jetzige Republik in Frankreich, die theuerste aller Regierungen ist.

Frankreichs Regierung ist augenblicklich eine militairische. Wer wollte es dem Präsidenten der Republik verdienen, wenn er auf jede Weise das Heer an sich zu ziehen sucht? Das Heer hält in Frankreich allein noch den Staat zusammen. Es ist schlimm, aber es ist so, und die Sozial- listen wissen das sehr wohl. Sie wissen, daß sie keine Hoffnung haben, ehe sie nicht die Treue der Truppen wankend gemacht; deshalb schlug auch Ledru-Rollin von London aus vor, einen gemeinen Soldaten in die Ver-

sammlung zu wählen, um dem Heere zu schmeicheln. Noch aber gebietet die Regierung über das Heer, und wer wollte es ihr verargen, wenn sie jeden Versuch, Unordnung in den Reihen der Truppen zu erregen, mit der ungnädigsten Strafe bestraft? Eben deshalb aber, weil sie die wirkliche Macht in Händen hat, sollte sie nicht so ängstlich nach dem Scheine der Macht haschen durch mehr und mehr das Maß übersteigende Ausnahms-Regeln. Wir haben uns gegen mehrere der jüngst von der Regierung eingebrachten Maßregeln erklärt, obgleich die französische Presse der Ordnung im Sturme der Partei-Leidenschaft fast alle Maßregeln der Unterdrückung in Schutz nahm. Unsere beste Rechtfertigung ist, daß selbst die Mehrheit der Versammlung zur Besinnung gekommen ist und fühlt, daß man irgendwo Halt machen muß. Die Gesetze werden in den Aus- schüssen verschleppt, und werden schließlich von ihnen nicht empfohlen wer- den. Die Regierung hat aber auch in der Vollziehung der Gesetze ge- fehlt. Wenn es vor allen Dingen zu wünschen war, daß die Regierung dabei alle Leidenschaftlichkeit bis zu deren Schein herab vermeide, so hat sie in Carlier eine nicht ganz glückliche Wahl getroffen. Mit Recht hat namentlich die englische Presse die Lächerlichkeit gezeigelt, daß er in über- triebnem Eifer die Polizeidiener zu Aposteln der richtigen socialen Lehren machen wollte, und der Kreuzzug gegen die Freiheits-Bäume und die Im- mortellen-Kränze findet jetzt sein Gegenstück in den Maßregeln gegen die „schlechte Presse“. Ob der Polizei-Meister von Paris das gesetzliche Recht hatte, den öffentlichen Verkauf aller mißliebigen Zeitungen zu verbieten und den der begünstigten zu erlauben, ist eine Frage, über welche die ge- setzgebende Versammlung entscheiden wird. Aber das Gesetz taugt nichts und sollte nicht benutzt werden. Es würdigt die Regierung zur Partei herab und empört jede Leidenschaft, ja, das einfachste Billigkeits- Gefühl. Was dem Einen Recht, ist dem Andern billig. Es sind uns auch wohl in Deutschland dergleichen Leute durch die Hände gelaufen, welche mit dem Gesichtskreise eines Polizeidieners die Miene eines Staatsmannes anneh- men. Aber sie schalten und walten doch nicht ungeführt an der Spitze des Staates. Und über alle jene Armseligkeiten wird der Hauptzweck, welchen die Partei der Ordnung verfolgt, mehr gefährdet als befördert. Worin besteht diese Hauptsache? Wir wollen darüber die „Revue des deux Mondes“ reden lassen. Sie sagt:

„Wozu hilft es, sich das Uebel und die Ursache des Uebels zu ver- heimlichen? Die Ursache des Uebels liegt ganz und gar im allgemeinen Stimmrechte in der Weise, wie die Verfassung es organisirt hat. Wir haben das ohne Aufhören gesagt, — die Wahlen des 10. März sagen es noch bezeichnender.“

„Wir haben uns gegen unsere Institutionen, und wir müssen uns retten trotz unserer Institutionen. Das ist die Aufgabe, welche unsere arme Gesellschaft zu lösen hat. Angesichts einer solchen Aufgabe verändert sich Alles; wir dürfen uns nicht kümmern um die Fragen, welche uns ehemals beschäftigten, in den Zeiten des Königthums, nämlich wie viel man der Freiheit einräumen müsse und wie viel der Obrigkeit. Lassen wir die con- stitutionelle und liberale Theologie auf sich beruhen. Wir sind mitten im Kriege; auf der einen Seite stehen in Paris 128,000 Menschen, welche sagen: wir wollen die Wiederkehr der provisorischen Regierung, die Natio- nal-Verfassungen, den Triumph des Aufstandes im Juni 1848; auf der anderen Seite stehen 122,000 Mann, welche sagen: wir wollen nichts von allem dem, denn es ist der Untergang der Gesellschaft. Der Bund, welcher die gegenwärtige Gesellschaft vernichten will, hat die Mehrzahl der Institutionen von 1848 für sich; der Gegendbund hat für sich die Mehrheit in der Versammlung und den Präsidenten der Republik, mit anderen Worten: die gesetzgebende und die vollziehende Gewalt; er hat für sich die Soldaten, welche, Dank der noch bestehenden Kriegszucht! sich gut schlagen in den Tagen des Aufbruchs, wie sie auch stimmen mögen in den Wahltagen, und man kann besorgen, daß die Soldaten versucht werden, eines Tages ihre Stimmen und ihre Bayonnette in Eine Richtung zu bringen. Die gegenwärtige Gesellschaft ist zwar lebhaft angegriffen und stark erschüttert, indeß kann sie sich noch verteidigen; aber wie lange? Man kann, wie in einem belagerten Plaze, berechnen, wie viel Munition und Lebensmittel uns noch übrig sind. Ist die Munition erschöpft, so müssen wir uns ergeben. Wir können, wenn wir die Verfassung lesen, berechnen, wie viel Zeit sie uns noch zum Leben gönnt. Ueberdies muß man vom Leben auch die Zeit des Todeskampfes abziehen. Was bleibt uns demnach übrig? Achtzehn Monate ungefähr. Wenn Hr. Hugo nicht mit anderen Gedanken beschäftigt wäre, so würde er eine schöne Gelegen- heit haben, seinen Roman: „Der letzte Tag eines Verurtheilten“, um- zuarbeiten; er könnte ihn auf die Gesellschaft anwenden.“

„Welche traurige Weissagungen! wird man ausrufen. Aber wer vermag von den Wahlen für die Gesetzgebende oder für den Präsidenten irgend Gutes zu hoffen, so lange die Gemüther und die Institutionen sind, wie sie sind?“

Wir möchten das allgemeine Stimmrecht keineswegs die alleinige Quelle des Unheils in Frankreich nennen. Leider liegt es tiefer. Wenn morgen das vollkommenste Wahlgesetz (also nicht das preussische) in Frank- reich gegeben und ohne Widerstand durchgeführt wäre, so wäre Glaube, Recht, Sitte und Wohlstand damit noch nicht wieder hergestellt. Ueber alle diese Formen der Verfassung wird das Wesen des Staates nur zu sehr vergessen. Wie wenig Aufmerksamkeit hat Fould's Budget für 1851 erregt, der einzige wirkliche Fortschritt, welchen das Land in den letzten Wochen gemacht hat! Nicht als ob das Budget in allen Stücken zu billigen wäre. Es sind aber Ersparnisse angebracht und ein leidliches Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe hergestellt. Freilich auf Unkosten der Wälder, auf deren Ausrottung in Europa, wir möchten sa- gen, gegen die bessere Einsicht, Alles hinzuwirken scheint. Für 50 Mil- lionen Staats-Waldungen zu verkaufen, während das Klima in Frankreich immer rauher wird, die Ueberschwemmungen häufiger werden, wäh- rend die Werfte das Bauholz zu hohen Preisen aus dem fernen Aus- lande beziehen müssen, während der Staat allein reich genug wäre, das Hochholz zu unterhalten, — das nennt man im Französischen sein Korn auf dem Halme verzehren! Noch unglücklicher ist der Gedanke, die Steuerkraft der Gemeinden dadurch zu erhöhen, daß man ihnen das Recht nimmt, sich selbst für den Wegebau zu besteuern! Doch ein Fortschritt ist das Budget schon deshalb zu nennen, weil es hinlänglich klar ist und früh genug vorgelegt wird, um eine wirkliche Ueberwachung desselben mög- lich zu machen.

Erfurt, 2. Mai. Heute hielt nach der Ankunft des Herrn Gene- ral-Lieutenants v. Radowiz der Verwaltungsrath eine längere und, wie

man hört, die letzte Sitzung in Erfurt. Herr von Gagern ist heute morgen abgereist.

— Noch sind nicht alle Deputirte abgereist. Unter den noch hier Weilenden nennen wir v. Vincke, Graf Dohrn und die Herren v. Gagern. Einige Großdeutsche werden in den nächsten Tagen ihren bereits abgereisten Collegen nach dem Rheine folgen, wo sie mit noch mehreren anderen Gesinnungsgenossen eine Conferenz abhalten wollen. Mehrere Deputirte haben ihre Wohnungen auf ihre Zurückkunft schon wieder bestellt; auch der Präsident Simson hinterließ in seinem Hause, daß er wahrscheinlich in 4 Wochen seine Wohnung wieder beziehen können. Als ferneres Anzeichen auf eine baldige Wiedereröffnung des Parlaments führen wir an, daß die Parlamentskanzlei hier verbleibt, obgleich deren Chef, der Canzleirath Bleich, mit noch andern Beamten schon in den nächsten Tagen nach Berlin zurückkehren wird; einige Kanzleibeamten verbleiben aber hier und arbeiten täglich bis 2 Uhr im Martinsstifte. Der Verwaltungsrath wird sich nicht morgen, sondern erst übermorgen nach Berlin übersiedeln. 23 Deputirte, sämmtlich der Rechten und der großdeutschen Partei angehörig, erlassen an die Erfurter wegen der gastlichen Aufnahme eine Dank-sagung. (Woff. Ztg.)

**Königsberg, 30. April.** Im Laufe der vorigen Woche ist hier kein Ministerial-Rescript eingetroffen, nach dem es dem Buchdrucker Hartung ferner nicht mehr gestattet werden soll, den Titel eines Hofbuchdruckers zu führen.

**Breslau, 30. April.** Das Consistorium für die Provinz Schlessien hat in einem kürzlich erlassenen Bescheide erklärt, daß die freie Gemeinde zu Hirschberg von Seiten der evangelischen Kirche nicht für eine christliche Gemeinde erkannt werden könne, noch könne die Rede davon sein, ihre Mitglieder zc. als evangelische Taufpaten zuzulassen. — Ein anderer Bescheid erklärt, daß die Namen Rastuth und Blum als Taufname nicht zulässig seien.

**Köln, 2. Mai.** So eben wurde Kinkel und Genossen in dem Prozesse des Siegburger Landwehr-Zeughaus-Sturmes einstimmig freigesprochen. (D.R.)

**Aus dem Nupperthale, 29. April.** (Maiprozess, 5te Sitzung.) Bei Eröffnung der Sitzung bemerkt der Oberprokurator, daß sich mehrere Angeklagte höchst ungebührlich gegen die Gendarmen und Soldaten benehmen, worauf der Präsident erklärt, die geeigneten Verhinderungsmaßregeln treffen zu wollen. Hierauf Fortsetzung des Zeugenverhörs. Ab. Weber, Kaufmann, sagt aus, daß nach seiner Ueberszeugung vorzüglich der politische Klub die Schuld der schwachen Ereignisse des Mai trage. Er geht dann zu einer Darstellung der Ereignisse selbst über, wie sie im Allgemeinen bereits aus unseren früheren Mittheilungen bekannt sind. Der Verteidiger Elberts fordert Thatfachen für das Urtheil über den politischen Klub. Der Staatsanwalt erklärt, es seien solche vorhanden, was Zeuge bestätigt. Auf Veranlassung des Verteidigers Blüm erklärt Zeuge, daß er glaube, Barricadenbau und Kampf hätten vermieden werden können, wenn der Truppen-Kommandant seine Pflicht gethan und energisch eingeschritten wäre.

Mor. Simons, Kaufmann, damals Chef der Bürgerwehr, wurde am 9. Mai von einer Deputation des politischen Klubs, der Landwehrmänner und des Arbeitervereins aufgefordert, die Bürgerwehr auf die Reichsverfassung zu vereidigen; was Zeuge, unterstützt durch den Angeklagten Erbschloe, verweigerte. Am 10ten suchte Zeuge vergeblich die Bürgerwehr zusammenzubringen. Er legte dann einige Tage später sein Amt nieder, namentlich weil er die Bürgerwehr nicht vom Ausschuss wollte bewaffnen lassen. — Zeuge hält die Mai-Ereignisse für vorbereitet: es haben sich vom 7ten an viele Fremde hier gezeigt; als Advokat Höpster, mit einem Kollegen in einem Nachbarorte beschäftigt, die Nachricht vom Einrücken des Militärs hörte, äußerte er: „Nun muß ich gleich fort, da giebt es Etwas für mich zu thun.“ Wedell, Steuerrath, damals stellvertretender Bürgerwehr-Chef, versuchte am 9. Mai vergeblich, die Bürgerwehr zusammenzubringen, mußte die Frage des Herrn von Spankeren, ob er mit der Bürgerwehr die Ruhe herstellen könne, verneinen, legte später sein Amt nieder; kam in Verdacht, gegen den Sicherheits-Ausschuss zu conspiriren zc. und wurde deshalb von Riitte aufgefordert, das Ehrenwort zu geben, daß er sein Haus nicht verlassen wolle, was er mit der Erklärung verweigerte, wie er allerdings darauf denke, dem gegenwärtigen Zustande ein Ende zu machen. Das Protokoll des Ausschusses über die Konstitution des v. Wedell ist auch von Hühnerbein unterschrieben, der davon nichts mehr wissen will, seine Unterschrift aber anerkennt. Alberti, Arresthaus-Inspektor, berichtet über die Erstürmung des Arresthauses am 9., wobei 93 Personen befreit, für 252 Thlr. Mobilien zerstört und für 1000 Thlr. gestohlen wurde. Ein Gefangener wurde dabei erschossen, wie es heißt von Mitgefangenen, weil er Aussagen zum Nachtheil der anderen gemacht. Goldenberg, Stadtrentmeister, zahlte auf Forderung des Sicherheitsausschusses etwa 7000 Thlr. aus der Stadtkasse. Als kein Geld mehr da war, nahm er Vorschüsse von den reicheren Einwohnern auf die künftigen Steuern. Zeuge übergibt die verschiedenen Ordres und Quittungen des Ausschusses. Cassenreuter, Postillon, brachte eine Cigarette von Essen an das Landrathsamt (sie betraf die Einberufung der Gardelandwehr), mußte das Pferd vor der Stadt lassen und wurde ihm dann vom Sicherheitsausschuss die Depesche abgenommen. Man erbrach die Depesche und entließ den Zeugen. Gärtner, Destillateur aus Köln, kam am 13ten Mai nach Eberfeld, wurde für einen Artillerie-Offizier und Spion gehalten und durch den Sicherheitsausschuss von Sonntag bis Dienstag in Haft gehalten. Ein Mitglied des Ausschusses kam zu ihm aufs Zimmer und sagte: „Gestehen Sie nur, Herr Lieutenant, die Kugel ist Ihnen doch gewiß!“ — Zeuge erklärt auf Befragen den Schleicher als den, der ihn eingeschlossen. Am Dienstag mußte Zeuge die Stadt verlassen.

Die Aussagen Schwanebecks, der verstorben ist, werden verlesen. Er kam am 13. Mai nach Eberfeld, wurde als Spion verhaftet und einen Tag eingesperrt. Nach seiner Freilassung vermißte er einen 50-Zhalerschein. Dies erzählte er in Solingen, wurde nun hier wieder verhaftet, nach Eberfeld gebracht und bis zum 15ten festgehalten, wo man ihn mit der Bemerkung entließ, daß er auf eine Denunciation des Fr. Engels hin verhaftet worden sei.

Simons, Kaufmann, unterhandelte mit Mirbach wegen der Abfindungssumme, einigte sich auf 6000 Thlr., forderte ihn auf, erst abzuziehen und das Geld vor der Stadt in Empfang zu nehmen, worauf Mirbach nicht einging. Die auch jetzt wiederholte Behauptung Mirbachs, das

Gold habe versprochenermaßen punkt sechs Uhr abgeliefert werden sollen, erklärt Zeuge für unwahr, da es unmöglich gewesen, diesen Termin einzuhalten.

Ein außer der Reihe vernommener Schutzzeuge sagt aus, daß Mirbach, nachdem er den reformirten Kirchthurm besucht, ihm erklärt habe, die Sache sei nicht zu halten; er werde suchen, mit Ehren wieder wegzukommen. Keilig, Dekonom, bezeugt, wie Hillmann die Kanonen der Gesellschaft „Genügsamkeit“ mit Gewalt geholt, wie Hühnerbein am 11ten an der Spitze einer Rotte in die Posthaltereie zog und dort Wagen, Karren zc. herausgezogen und zu einer Barricade verwendet wurden. Man wollte auch mit Gewalt bei ihm eindringen, weshalb er öffnete; Hühnerbein benahm sich als Führer, war mit einem Gewehr und Beil bewaffnet. Hühnerbein protestirt gegen mehrere Aussagen des Zeugen. Grund, Schmied, hat am 17. Mai den „General“ Hühnerbein verhaftet. Sie hatten sich auf einem Speicher versteckt. General Hühnerbein gab die Waffen freiwillig ab. (D.R.)

**Hannover, 1. Mai.** Der Hamburger Korrespondent meldet: „Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat der König von Hannover die Erwählung zum Schiedsrichter in der mecklenburgischen Frage gleichfalls acceptirt und den vormaligen Geh. Kabinettsrath von Schele zum Stellvertreter designirt.“

**Coburg, 27. April.** Die schon besprochene bevorstehende Zusammenkunft der Fürsten des engeren Bundes in Gotha wird, wie man sich in sonst gut unterrichteten Kreisen erzählt, für uns von besonderem Interesse sein. Da nämlich die Ansichten auf einen guten Erfolg des Vereinigungs-Projektes für die Herzogthümer Coburg und Gotha immer schlechter werden und man auf bedeutende Hindernisse stößt, so sollen jetzt Verhandlungen im Gange sein, um auf andere Weise beiden Herzogthümern günstigere Verhältnisse und mehr Abrundung zu verschaffen, und zwar durch die Abtretung des gothaischen Herzogthums an Sachsen-Meiningen, wofür dieses seinen hildburghausischen Landestheil an Coburg abgeben würde. In Coburg findet dieser Plan großen Anklang. Hauptsächlich deshalb komme Prinz Albert nach Gotha. Mit großer Spannung sieht man daher der Zusammenberufung unseres Landtages entgegen, die aber wohl nicht früher erfolgen dürfte, als bis die Angelegenheit auf jenem Congresse ins Klare gebracht worden ist. (Fr. Z.)

**Aus dem Badischen, 28. April.** In Salem ist es in einer der letzten Nächte dem Notar Bedenk von da, welcher wegen Theilnahme am Hochverrath zu 8 Jahre Zuchthaus verurtheilt wurde, gelungen, aus dem Amtsgefängnisse auszubrechen und sich in die Schweiz zu flüchten. — In Konstanz hat das Hofgericht den sehr geachteten praktischen Arzt Eduard Banotti, welcher wegen Theilnahme am Hochverrath und Majestätsbeleidigung in Untersuchung, und auch einige Zeit in Verhaft sich befand, für verdachtlos erklärt.

**Bingen, 30. April.** Nachmittags 6 Uhr. Dank der kräftigen Hülfe aus der Umgegend, namentlich von Mainz, sind wir endlich des schrecklichen Feuers Meister geworden. (Siehe das gestrige Blatt unserer Zeitung.) Die Mainzer Turner und die Oesterreichischen und Preussischen Sapeure, die mit vier Spritzen auf einem besonderen Dammschiffe in Begleitung des Regierungs-Präsidenten von Dalwig um 12 Uhr Mittags hier eintrafen, haben mit heldenmüthiger Aufopferung gearbeitet und werden theilweise auch noch während der nächsten Nacht hier bleiben, um unsere sehr ermattete Bevölkerung zu unterstützen, da die Gluth noch lange nicht vollständig erloschen ist. Das Elend ist hier sehr groß, und schnelle Hülfe von Seiten edler Menschenfreunde thut sehr noth. Die ganze Judengasse, mit Ausnahme eines einzigen Hauses, das Steinbachsches Haus auf dem Markt und fünf Häuser in der an die Judengasse stoßenden Rheingasse, so wie mehrere Häuser der Hintergasse, sind in einen Schutthaufen verwandelt. Viele arme israelitische Familien suchten ihre Habseligkeiten in den Kellern zu schützen; da aber die meisten derselben Balkenteller sind, so müssen diese Unglücklichen noch in diesem Augenblick ihre beste Habe in den Kellern verkohlen sehen, da man unmöglich auf allen Punkten der mit Trümmerhaufen überschütteten, noch überall glühenden Brandstätte Wasser genug hinbringen kann, um sogleich die ganze Gluth zu erstickern. Das Rathhaus wurde glücklicherweise gerettet, obgleich schon der Thurm brannte, und man bereits angefangen hatte, am Gebäude selbst niederzureißen. Die Flammen haben hier im Verhältniß eben so schrecklich gehaust, als seiner Zeit in Hamburg. Die von Mainz und der Umgegend aus bewiesene große Theilnahme beim Löschen läßt uns hoffen, daß das schreckliche Unglück, welches so viele redliche Familien ganz unverschuldet getroffen hat, auch in weiteren Kreisen Sympathie erwecken werde. (D.P.A.Z.)

**Frankfurt, 30. April.** Der Prinz von Preußen wird, nachdem er heute das für Bockenheim und die Umgegend bestimmte Bataillon des Garde-Reserve-Landwehr-Infanterie-Regiments in Empfang genommen und inspiciert hat, morgen Vormittag Frankfurt wieder verlassen, um von Koblenz aus am 5. Mai in Berlin einzutreffen und den am 11. Mai stattfindenden Vermählungsfeierlichkeiten beizuwohnen.

— Vor einigen Tagen fielen in dem benachbarten Dorfe Neu-Jsenburg zwischen Soldaten des hiesigen Linien-Bataillons und dortigen Orts-Einwohnern Schlägereien vor, in deren Folge drei Soldaten so bedeutend verwundet wurden, daß einer derselben heute gestorben ist. (Const. Z.)

**Frankfurt a. M., 1. Mai.** Der österreichische Geschäftsträger, Herr v. Maasfenggen, hat dem Senate der freien Stadt Frankfurt eine Einladung zugehen lassen, einen Kongress der deutschen Staaten zur Berathung über die gemeinsamen Angelegenheiten zu beschicken. Man darf daraus wohl noch nicht schließen, daß die Gegenanschläge, mit welchen Preußen auf die österreichischen vertraulichen Vorschläge geantwortet hat, von der Hand gewiesen sind; denn wenn diese Gegenanschläge einmal den einstweiligen Fortbestand der Centralbundes-Commission als bloße Verwaltungsbehörde zum Gegenstande haben, so läßt sich dieser Fortbestand mit jenem Kongress vollständig vereinigen, und wenn sie weiter auf einem zu veranstaltenden Congress für die Union 22 Stimmen als Gesamtheit in Anspruch nehmen, so möchte Oesterreich der Ansicht sein, daß sie sich von selbst erledigen, seit die Kasseler Staatschrift bereits in Aussicht stellte, daß das Kurfürstenthum sich bei derartigen Unterhandlungen nicht von der Unionsgewalt vertreten lassen, sondern selbstständig sich daran betheiligen werde. (D.R.)

Frankfurt a. M., 2. Mai, Abends 8 Uhr. Desterreich ruft auf den 10. Mai einen Staatenkongress nach Frankfurt ein. (Siehe unten Wien.) (Telegr. Corr.)

**Nordschleswig, 27. April.** Zum großen Erstaunen der meisten Bewohner Nordschleswigs bringen deutsche und dänische Blätter uns die Nachricht von einer nach Kopenhagen gesandten sogenannten Deputation der treugebliebenen Schleswiger, und von einer Adresse, welche diese Deputation dem Könige überreicht haben soll. Wenn man glaubt, daß diese Deputation von der großen Mehrzahl der bliesigen Bevölkerung abgesandt ist, und daß sie deren Meinung und Ansicht über die Verhältnisse Schleswigs ausdrückt, so irrt man sehr. Das Ganze ist eine von der dänischen Propaganda erfundene, wahrscheinlich von Kopenhagen aus geleitete Komödie, um den von der Statthaltertschaft eingeleiteten Friedensverhandlungen entgegen zu wirken. Es ist schon früher erwähnt, daß die Propaganda seit einiger Zeit bemüht gewesen ist, überall in hiesiger Gegend sogenannte schleswigsche Vereine zu bilden. Diese bestehen größtentheils aus Leuten, die der untersten Volksklasse angehören und aus solchen, die mit Hilfe der Dänen etwas zu werden oder zu erhaschen hoffen, die folglich nichts sind, und nichts haben. Von diesen Vereinen sind jene Abgeordnete gesandt, nach spezieller Aufforderung von den Leitern. Man meint, das Ganze sei von dem bekannten Professor Flor ausgegangen, den man ebenfalls als Verfasser der Adresse nennt. Ob dies seine Richtigkeit hat, mag dahin gestellt sein, das Ganze ist jedenfalls eine Farce, bestimmt, um das Publikum in und außerhalb Dänemark zu täuschen. Außer jenen Vereinen ist die erwähnte Adresse Niemanden bekannt gewesen, und selbst in den Vereinen ist sie, wie man behauptet, nicht vorgelesen. In der Absendung der sogenannten Deputation hat außer jenen Vereinen Niemand in Nordschleswig Theil genommen. Die große Majorität der Nordschleswiger muß daher gegen die Absendung der Deputation und gegen die eingereichte Adresse als ihr völlig unbefriedigend protestieren. In einem nachfolgenden Schreiben behalten wir uns vor, nähere Details anzugeben, die im Stande sein werden, die ganze Farce zu charakterisieren. (H. C.)

### Dänemark.

**Kopenhagen, 20. April.** Die Verhandlungen mit den von Kiel angekommenen Vertrauensmännern scheinen im gegenwärtigen Augenblick still zu sein. Ohne Zweifel geht die Reise des Herrn Presh nach Kiel darauf hinaus, neue Instruktionen bei der Statthaltertschaft einzuholen, da die bisher gemachten Vorschläge von der dänischen Regierung unmöglich acceptirt werden konnten. Ueberhaupt scheinen gerade nicht viele Auswege vorhanden zu sein, da die Regierung an der in der Convention vom 10. Juli gegebenen Basis festhält; und diese aufzugeben, um z. B. in eine Theilung Schleswigs einzuwilligen, dürfte sie kaum gefonnen sein, wenn diese Opfer nicht durch einen hinlänglichen Vortheil in einer anderen Beziehung compensirt würden, z. B. durch den Austritt Holsteins (und Lauenburgs) aus dem deutschen Staatsverbände. Wenn es aber unmöglich sein sollte, dieses zu bewirken, wird die Regierung sich gewiß an die Friedens-Präliminarien, so wie dieselben in dem Memoire des Herrn von Pechlin erläutert worden sind, da deren Ausführung Dänemark verbürgt ist, halten. — Daß die Thronfolge für Holstein, Südschleswig und für Dänemark dieselbe sein müßte, wird auch eine *conditio sine qua non* sein; da Dänemark sonst nicht das halbe Schleswig, für welches es die dänische Erbfolge geltend macht, hergeben würde. — Da die dänische Regierung sich indes vielleicht an die Friedens-Präliminarien dermaßen gebunden fühlt, daß sie nicht eine andere Basis im Vorschlag bringen zu können glaubt, so wäre der angegedeutete Ausweg jedenfalls, wenn man in den Herzogthümern darauf eingehen zu können glaubt (?), von jener Seite zur Besprechung zu bringen. (H. C.)

### Desterreich.

**Wien, 2. Mai.** Die Aufregung in Betreff der Kirchenfrage währt fort. Die Regierung beabsichtigt, auf die Bildung katholischer Synoden hinzuwirken; auch werden die Bischöfe Ansprachen an die Gläubigen ihrer Diözesen erlassen, wodurch die Absichten der Kirche klar gemacht werden sollen. — Man spricht lebhaft von einem Ministerwechsel; doch entbehrt dieses Gerücht vor der Hand der Begründung.

**Wien, 2. Mai.** Desterreich fordert nun definitiv eine Plenar-Versammlung des Bundestages in Frankfurt a. M. Einleitungen dazu sind bereits getroffen. Zunächst sei die Bundesrevision vorzunehmen.

### Schwiz.

**Zürich, 27. April.** Man erfährt, daß den Offizieren unter der Hand die Weisung gegeben worden sein soll, sich jeden Augenblick marschfertig zu halten, indem es leicht Ernst werden könne. Man knüpft daran die Vermuthung einer Grenzbesetzung. (R. 3.)

### Frankreich.

**Paris, 30. April.** Gestern um 10 Uhr erschienen die Abendblätter in zweiter Ausgabe und meldeten das Resultat der Stimmzählung zu dieser Stunde. Sie konstatarren den Sieg Eugene Sue's. Die Zahlenverhältnisse, wie sie heute bekannt wurden, sind: Eugene Sue 128,121, Leclerc 117,177. Die republikanische Garde stimmte folgendermaßen: Eugene Sue 62, Leclerc 1240. Die Invaliden: Eugene Sue 645, Leclerc 1532. Die Armee: Eugene Sue 6674, Leclerc 6598. Die demokratische Partei hatte sich eines solchen Resultats nicht bestimmt verhofft, man bemerkte noch gestern große Muthlosigkeit derselben, weil eine große Zahl von Arbeitern von Paris weggewiesen oder von den Listen gestrichen worden waren. Die Aufregung, die durch den Sieg des socialistischen Kandidaten erzeugt wurde, ist beträchtlich. Die Geschäfte werden wahrscheinlich einige Tage gänzlich stocken. Die Börse wird sich nur mit großer Mühe von dem neuen Schlage erholen. Das Viecle bemerkt: „Wenn man die niedrigste Ziffer der demokratischen Liste mit der höchsten der royalistischen Kandidatenliste vom 10. März vergleicht, d. h. wenn man das unseren Gegnern günstigste Mittel nimmt, so findet man eine Differenz von 7369 Stimmen. Heute ist der Unterschied zu Gunsten Sue's 11,120 Stimmen. Auf der anderen Seite hat sich dieses Mal eine große Zahl von Wählern der Abstimmung enthalten. Hätten sie stimmen müssen, so können wir nicht leugnen, daß sie für Eugene Sue gestimmt hätten.“ Die demokratischen Blätter fordern heute das Volk auf, sich am 2. Mai nicht auf den Platz vor dem Stadthause, wo Sue's Proklamirung stattfinden wird, zu begeben, um jedem Anlaß zu Ruhestörungen auszuweichen.

Die Sectionen haben dieses Mal theilweise in einem anderen Geiste gestimmt, als am 10ten März. So bemerken mehrere Journale, daß die Ste Section von Belleville am 10ten März unter 711 Stimmen 520 an Carnot und 218 an Foy ertheilte. Diesmal haben unter 757 Stimmen den 569 für Sue und 187 für Leclerc gestimmt. Auch in Auteuil, wo viele Rentiers wohnen, ist die Wahl demokratischer ausgefallen, als am 10. März. Der Estafette zufolge wurden gestern Nachts um 1 Uhr alle Polizeikommissarien von Paris zu einer langen Berathung bei Hrn. Carlier zusammenberufen. Der Gegenstand der Verhandlung ist unbekannt. Bis tief in die Nacht stand gestern eine Schwadron Gendarmen auf dem Vendomeplatz. Sie lieferte die Estafetten, welche von Zeit zu Zeit die Resultate der Stimmzählung ins Elysee brachten. Am 10ten März waren in Paris 353,509 Wähler eingeschrieben, von denen 260,198 stimmten. Diesmal war eine große Anzahl gestrichen worden, so daß nur 307,000 Wähler eingetragen waren. Dagegen fanden vielmehr freiwillige Enthaltungen statt, indem im Ganzen nur 242,529 Wähler stimmten. Man ist gespannt, bestimmt zu erfahren, welcher Partei dieselben angehören. Heute Morgen vereinigten sich die bedeutenderen Börsen-Notabilitäten bereits sehr zeitig auf dem Boulevard und in der Passage de l'Opera. Das Wahl-Resultat gab zu den heftigsten Debatten Anlaß. Um 1 Uhr war der Säulengang der Börse ganz angefüllt. Die Repräsentanten kamen früher als sonst in die National-Versammlung, und die Aufregung war auch hier sehr groß.

— Heute Morgens wurde Graf Molé und General Changarnier ins Elysee berufen. Sie hatten daselbst eine lange Konferenz mit dem Präsidenten. Man gründete hierauf das Gerücht von einem Ministerwechsel. Es wird jedoch versichert, daß dies Gerücht falsch sei.

— Paris ist ruhig, allein das Feuer glimmt unter der Asche. Die Finanzwelt ist befürzt: die hproc. Rente ist gestern Abend im Passage de l'Opera auf 87 Fr. 50 C. gefallen und für heute erwartet man ein noch stärkeres Sinken der Fonds. Die konservativen Journale beschränken sich meistens für heute darauf, das Faktum der Erwählung Eugene Sue's zu notiren und sind sehr kurz in ihren Betrachtungen. Assemblée Nationale sagt: „Die Rothten sind abermals siegreich; allein es ist das direkte Stimmrecht, was dabei unterliegt, und die Republik, die eine tödtliche Wunde erhält.“

### Großbritannien.

**London, 29. April.** Die Times enthält über die letzten Entschlüsse Lord Palmerston's in der griechischen Frage folgende Angaben: „Bei dem Eintreffen der letzten Nachrichten von Athen, nachdem Baron Gros einen ganzen Monat in wohlgemeinten, aber zwecklosen Vorschlägen verschwender, welche die Instruktion des Herrn Wyse ihm nicht anzunehmen gestatten, wurde es klar, daß die Frage nicht durch die bloßen guten Dienste jenes Gesandten zu schlichten seien. Lord Palmerston war endlich von dieser Schwierigkeit so überzeugt, daß er selbst Herrn Drouyn de Lhuys aufforderte, sich mit ihm über die Feststellung des Prinzips zu beschäftigen, wonach die aufgestellten Forderungen zu schlichten und die Frage schließlich zur Regelung kommen könne. In voriger Woche wurde diese Uebereinkunft abgeschlossen und nach Athen gesandt, wo sie wahrscheinlich in den ersten Wochen des nächsten Monats eintreffen wird. Wir halten dafür, obgleich das nunmehr zur Schlichtung der festgestellten Forderungen aufgestellte Prinzip vereinbart worden, daß der Betrag der Summe noch in Griechenland festzustellen ist. Der Hauptgrund zur Besorgniß entspringt nur noch aus der Ungewißheit dessen, was in Griechenland zwischen dem 8. April, wo der letzte Courier Athen verließ, und dem Tage sich ereignete, wo die neuen und praktischen Instruktionen eintreffen werden. Wir hoffen jedenfalls, daß alle weiteren Operationen der Flotte suspendirt werden, und daß König Otto die Bedingungen annehmen wird, welche nach dieser weiteren Debatte Frankreich ihm rathe muß. Bis zu den letzten Nachrichten von Athen hatten die Forderungen des Herrn Wyse keine Form angenommen, die Baron Gros sanktioniren mochte, und daher war es zwecklos, Griechenland Forderungen aufzubringen, welche der französische Agent für übertrieben hält.“

**London, 1. Mai.** Die Königin wurde heute glücklich von einem Prinzen entbunden.

### Rußland und Polen.

**St. Petersburg, 25. April.** Das Eis in unserm Strom unterhalb der neuen Brücke setzte sich gestern Nacht in Bewegung. In Kronstadt soll aber noch Alles fest sein. Schiffe dürfen wohl nicht vor Anfang Mai eintreffen. (W. 5.)

**Czestochau, 1. Mai.** Die in der Umgegend stehenden russischen Offiziere sind jedem Augenblick bereit, ins Feld zu rücken und sie freuen sich über den ihnen bevorstehenden Feldzug mehr als über den letzten, denn in Ungarn hat es ihnen nicht sehr gefallen. Nach ihrer Meinung steht nämlich jedenfalls ein Krieg gegen Frankreich bevor, der größtentheils in Deutschland zu führen sein dürfte. Sie meinen, daß sie als Feind oder Freund am liebsten in Deutschland sind. Uebrigens ist das Material viel besser als sonst, und unter den Leutenants befinden sich jetzt ebenfalls mehr alte Soldaten, die von unten auf gedient haben. (W. 3.)

### Bermischte Nachrichten.

**Stettin, 4. Mai.** Der Lehrer Hr. Schirmeister von der Friedrich-Wilhelmschule ist vom Magistrat an die Stelle des als Seminar-Direktor nach Steinau versetzten Lehrers von der höhern Mädchenschule Hrn. Jungklaas gewählt worden.

— Am 1. d. M. ist einer der ältesten, wo nicht der den Amtsjahren nach älteste Civil-Staatsbeamte in den Ruhestand getreten. Es ist dies der wirkliche Geheim Oberfinanzrath und Provinzial-Steuer-Direktor Boehendorff in Stettin, welcher 65 Jahre dem Staate gedient und darunter über 50 Jahre in verschiedenen Amtsverhältnissen in Pommern wirksam war. Seine Geschäfte werden bis zur definitiven Besetzung der Stelle commissarisch verwaltet.

**Anklam.** Hier herrscht jetzt ein reges Leben. Bedeutende Zufuhren von Getreide gehen ein, um zur Ausfuhr verladen zu werden. Die Getreidepreise steigen nicht, da auch hier die Saaten durch die letzte Kälte nicht gelitten haben.

**Cöslin.** Am Sonntage wurde bei der Tauffandlung nach dem Gottesdienste ein Kind männlichen Geschlechts aus Versehen auf einen weiblichen Namen getauft. Die Eltern (vom Lande) merkten es erst nach vollzogener Taufe.

Hierbei ein Provinzial-Anzeiger.

Pränumerations-Preis für Nicht-Abonnenten der Zeitung pro Monat 1 1/2 Sgr.; frei in's Haus; 2 1/2 Sgr.

# Provinzial-Anzeiger.

Inserionspreis 6 Pf. für die dreispalt. Petitzeile. Erscheint täglich, excl. der Sonn- und Festtage, Vormittags 11 Uhr.

## Beilage zur Königlich privilegirten Stettinischen Zeitung.

No. 103.

Sonnabend, den 4. Mai.

1850.

Inserionspreis 6. Pf. für die dreispalt. Petitzeile, größere Schriftsorten werden nach dem Raum berechnet.

### Eingepflichtete Fremde.

Den 2. Mai.

Hotel de Prusse. Solotänzer Brue aus Berlin; Kaufmann Eichholz a. Newcastle; Gutsbesitzer Frenz aus Penzlin.  
 Hotel du Nord. Kaufleute Hüttner aus Bremen; Stomowski aus Posen, Doll aus Thorn, Bous aus Schwerin, Jacoby aus Warchau; Rittmeister v. d. Düren aus Treptow; Commis Asbeck aus Börde; Konsul Beckmann aus Swinemünde; Partikulier Schröder aus Danzig; Fabrikbesitzer Notard aus Berlin.  
 Drei Kronen. Kaufleute Brückmann aus Koblenz, Kantrowicz aus Posen, Martin aus Frankfurt a. M.; Frau Assessor Kieschke aus Posen; Gutsbesitzer Studt aus Deeg, v. Goeden-Konopolsky, Partikulier Tetzlaff aus Grunzsdorf; Dr. Demiani aus Dresden.  
 Deutsches Haus. Dekonom Walter aus Demmin; Kaufleute Gené aus Pasewalk, Rowenthal aus Leipzig, Frismann aus Berlin; Partikulier Grynertter aus Leipzig.

### Kirchliches.

Den geehrten Mitgliedern der hiesigen freien evangelischen Gemeinde wird hierdurch bekannt gemacht, daß eine **Gemeinde-Versammlung** auf Montag den 6ten Mai c., Abends 7 Uhr, im Schützenhause anberaumt worden ist, wozu ergebenst einladet der Aeltestenrath.

### Bekanntmachung.

An die Stelle der in diesem Jahre ausscheidenden Herren Stadtverordneten und deren Stellvertreter sind bei den statt gefundenen Wahlversammlungen folgende hiesige Bürger gewählt und von uns bestätigt worden:

- 1) Im Heumarkt-Bezirk:  
 der Banquier Hr. A. Eichel, zum Stadtverordneten.
- 2) Im Königs-Bezirk:  
 der Partikulier Hr. Carton zum fünftenmal,  
 = Kaufmann Hr. Jonas,  
 = Schlächtermstr. Hr. Frank zum drittenmal,  
 = Kaufmann Hr. Ruhl zum drittenmal, zu Stadtverordneten,  
 der Kaufmann Hr. Alb. de la Barre, = Borchers, zu Stellvertretern.
- 3) Im Berliner-Bezirk:  
 der Brauerei-Besitzer Hr. Franz Meyer, zum Stadtverordneten,  
 der Wattenfabrikant Hr. Stier, zum Stellvertreter.
- 4) Im Jacobi-Bezirk:  
 der Goldarbeiter Hr. Behnke zum zweitenmal, zum Stadtverordneten.
- 5) Im Louisen-Bezirk:  
 der Rechtsanwält Hr. Pischky,  
 = Zimmermstr. Hr. Schönberg, zu Stadtverordneten.
- 6) Im Dom-Bezirk:  
 der Bohrschmidt Hr. Satow zum zweitenmal, zum Stadtverordneten,  
 der Lithograph Hr. Kupke, zum Stellvertreter.
- 7) Im Nicolai-Bezirk:  
 der Kammachermstr. Hr. Günther, zum Stadtverordneten.
- 8) Im Petri-Bezirk:  
 der Kaufmann Hr. Voigt, zum viertenmal,  
 = Köhler, zu Stadtverordneten,  
 der Zimmermstr. Hr. Radloff, zum Stellvertreter.
- 9) Im Speicher-Bezirk:  
 der Kaufmann Hr. Jul. Schmidt zum zweitenmal,  
 = Böttchermstr. Hr. Gelske,  
 = Kaufmann Hr. Lindau zum zweitenmal, zu Stadtverordneten,  
 der Fiskermeister Hr. W. Jacob, zum Stellvertreter.

- 10) Im Gertrud-Bezirk:  
 der Kupferschmiedmstr. Hr. Palbow,  
 = Kaufmann Hr. Kohler zum zweitenmal,  
 = Gasthofsbesitzer Hr. Bergien zum fünftenmal, zu Stadtverordneten,  
 der Böttchermstr. Hr. Hoppe, zum Stellvertreter.
- 11) Im Oberwiek-Bezirk:  
 der Brenneri-Besitzer Hr. Crépin zum zweitenmal,  
 = Cafétier Hr. Stid, zu Stadtverordneten.  
 Stettin, den 29ten April 1850.  
 Der Magistrat.

### Gerichtliche Vorladungen.

#### Öffentliche Vorladung.

In dem am 21sten August 1840 publicirten wechselseitigen Testamente des am 14ten Juni 1840 verstorbenen Rektors an der Daber'schen Stadtschule, Christoph Benedictus Hollasch, und seiner am 16ten Juni 1848 zu Daber verstorbenen Ehefrau Marie Elisabeth, gebornen Born, ist unter Anderem bestimmt, daß das beim Ableben des Letzten der beiden Ehegatten vorhandene Vermögen vertheilt getheilt werden soll, daß die Hälfte auf die Anverwandten der männlichen Linie, und die andere Hälfte, mit Ausschließung der drei Brüder der Testatrix, auf die Anverwandten der weiblichen Linie fallen soll. — Von den Letzteren sind bis jetzt bekannt geworden die drei Schwestern der Verstorbenen, resp. deren Descendenten; von den Ersteren dagegen nur die Descendenten der Marie Magdalene Hollasch, einer Schwester des Testators, während über das Leben und den Aufenthalt seiner übrigen neun Geschwister, resp. deren Descendenten, sich nichts hat ermitteln lassen. Auf den Antrag des dem Nachlasse bestellten Curators werden alle diejenigen, welche ein näheres oder gleich nahes Erbrecht an dem Nachlasse der genannten Hollasch'schen Eheleute zu haben vermeinen, insbesondere der Johann Samuel Friedrich Martini, geboren den 21sten Januar 1771, ein Sohn der Marie Magdalene, verehelicht gewesenen Martini, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche beim hiesigen Gerichte, und zwar spätestens in termino den 12ten August d. J., Vormittags 11 Uhr, anzumelden und ihre Gerechtfame wahrzunehmen, widrigenfalls die bis dahin legitimirten für die rechtmäßigen Erben angenommen, ihnen als solchen der Nachlass zur freien Disposition verabfolgt werden wird, und die nach erfolgter Präklusion sich etwa erst meldenden näheren oder gleich nahen Erben alle ihre Handlungen und Dispositionen anzuerkennen und zu übernehmen schuldig erachtet werden.

Naugard, den 7ten März 1850.  
 Königliches Kreisgericht. II. Abtheilung.

### Auktionen.

**Bekanntmachung.**  
 Am 8ten Mai d. J., Nachmittags 4 Uhr, sollen im Königlichen Pachthofgebäude am Zimmerplatz 10 Glocken Thalg für Rechnung der Assuradeurs verkauft werden.  
 Stettin, den 27ten April 1850.  
 Königliches See- und Handels-Gericht.

**Bekanntmachung.**  
**Am 11ten Mai d. J., Nachmittags 3 1/2 Uhr,** sollen in der Vorder-Kemise des Speichers No. 56 zwei Fässer Casan. Pottasche für Rechnung der Assuradeurs öffentlich verkauft werden.  
 Stettin, den 1sten Mai 1850.  
 Königliches See- und Handels-Gericht.

Auktion am 6ten Mai c., Nachmittags 3 Uhr, große Oberstraße No. 7, über Handlung-, Comtoir- und Boden-Utensilien, namentlich: Pulve, ein Geldkasten, ein Ziehtisch, eine Brückenwaage, Balkenwaagen, Gewichte, Handwagen, Delpumpen, Delfessel, Rollwagen u. dgl. m.  
 Reisl er.

Auktion am 8ten Mai c., Vormittags 9 Uhr, Mittwochsstraße No. 1089, über Gold, Silber, Porzellan, Glas, Leinzeug, Damen-Kleidungsstücke, birkene Möbel, wobei Sopha, Spiegel, Schreib- und Kleider-Sekretaire, Spinde aller Art, Komoden, Tische, Haus- und Küchengeräth.  
 Reisl er.

### Verkäufe unbeweglicher Sachen.

#### Verkauf eines Material- u. Waaren-Geschäfts.

In einer an der Chaussee und 7 1/2 Meilen von Stettin belegenen Kreisstadt Pommerns, worin mehrere Königl. Behörden, als: das Landraths-Amt, Kreisgericht, Kreisasse, Domainen-Rentamt und Superintendentur ihren Sitz haben, ist Krankheitshalber ein seit 11 Jahren betriebenes Material-, Eisen- und Galanteriewaaren-Geschäft, nebst einem in gutem wohnbaren Stande befindliches Wohnhaus, so wie mehrere dazu gehörige Ländereien und Wiesen aus freier Hand zu verkaufen, welches hierdurch mit dem Bemerken bekannt gemacht wird, daß die Zahlung eines Angebotes von 2000 Thlrn. bedingt wird, der Rest des Kaufgeldes aber hypothekarisch eingetragen werden kann. Nähere Auskunft hierüber wird die Expedition d. Zeitung gefertigen.

### Verkäufe beweglicher Sachen.

Kleine Saat-Erbsen, pro Schfl. 1 Thlr. 10 Sgr.,  
 Futter-Erbsen, pro Schfl. 1 Thlr. 5 Sgr.,  
 Futtermehl und Kleie bei  
 C. E. Krüger, Bollwerk No. 5.

### Anzeigen vermischten Inhalts.



#### Das Dampfschiff Königsberg

hat wegen erlittenen Schadens an der Maschine die Fahrt am 30sten April aussetzen müssen, beginnt jedoch am 10ten d. seine regelmäßigen Fahrten wieder, und werden bis dahin die Güter immer eingeladen.  
 Stettin, den 1sten Mai 1850.

Expedition des Dampfschiffes Königsberg.  
 Hermann Schulze.

### Attest.

Ich wurde in meinem Hause, und namentlich in den Zimmern, sehr von Wanzen geplagt. Vor drei Jahren hat mir der Kammerjäger Herr Rudolph aus Berlin dieselben aber so gründlich und zu meiner Zufriedenheit vertilgt, daß ich die Anwendung der Mittel des Herrn Rudolph mit voller Ueberzeugung anderweitig empfehlen kann.  
 Stettin, den 29sten April 1850.

Brüning, Gastwirth.

Mit Bezug auf vorstehendes Attest empfehle ich mich zur gründlichen Vertilgung der Wanzen, sowie auch Schwaben, Motten, Ratten und Mäuse von mir vertilgt werden. Geehrte Aufträge werden erbeten Dreitestraße No. 364.

**F. Rudolph,**  
 Kammerjäger aus Berlin.

Das Kalt Schmidtsche **Douche-Bad**, Grünhof No. 36 u. 37, ist von heute ab wieder eröffnet. Stettin, den 2ten Mai 1850.

#### Darckow'sche Begräbniß-Kasse.

Befehls Berathung und resp. Annahme neuer Statuten werden die Mitglieder der Darckow'schen Begräbniß-Kasse zu der am Sonnabend den **4ten Mai c.**, Nachmittags 3 Uhr, im Saale des Vater'schen Hofes hier selbst stattfindenden General-Versammlung hiermit eingeladen.  
 Stettin, den 1sten Mai 1850.  
 Der Vorstand.

